

Christian Ernst, Zeitfeil

Demokratie lernen in der Wissensgesellschaft

Kurzvortrag im Rahmen des Panels „Was für eine Gesellschaft sollte die Wissensgesellschaft sein?“ der Konferenz „Bildung für die Wissensgesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Lissabon

Hinter dem Begriff der Wissensgesellschaft verbirgt sich einerseits ein Diskurs und andererseits eine lebendige Debatte. Diskurs bedeutet Einigkeit über gewisse Analysemuster und wiederkehrende Reformvorschläge, Debatte bedeutet Provokation, andere Blickwinkel und grundlegende Fragen: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? (vgl. Gorz 2001).

Welche Ordnungen des Wissens postuliert und erzeugt der Diskurs der Wissensgesellschaft? Wie, wo und wem wird Wissen in der Wissensgesellschaft vermittelt? (vgl. Weiler 2002). Wen schließt die Wissensgesellschaft ein und wen schließt sie aus? Wie verhält sich die Wissensgesellschaft zur Gesellschaft und wie gestaltet sich Demokratie in der Wissensgesellschaft?

Mir geht es in diesem Beitrag um den Zusammenhang zwischen Lernen und Demokratie in der Wissensgesellschaft. Dazu gehören einige Bemerkungen zum Status der Politik und zur Funktion der Zivilgesellschaft in der Wissensgesellschaft. Ich möchte dann einen Zusammenhang zwischen Lernen und Demokratie aufzeigen und abschließend ein europäisches Projekt mit dem Titel „Democracy learning“ vorstellen.

Wissensgesellschaft und Demokratie

Die Situation der Demokratie in der Wissensgesellschaft ist paradox. Einerseits sind die Möglichkeiten der Information und Meinungsbildung so groß und pluralistisch wie nie zuvor – ich kann mich beispielsweise von Zuhause aus über im Internet veröffentlichte Fachliteratur in die Debatte über die Wissensgesellschaft aus unterschiedlichsten Perspektiven einlesen und mir eine Meinung bilden und hier vertreten, ohne Experte zu sein – andererseits erleben wir eine neuartige Politikabstinenz. Während die Ansprüche an die Politik wachsen, ökonomische und soziale Transformationsprozesse und damit einhergehende Interessenskonflikte zu moderieren und zu meistern, sinkt zunehmend das Interesse und Vertrauen in sie (vgl. Europäisches Regieren – ein Weissbuch der europäischen Kommission 2001). Bürger beklagen die Inkompetenz der Politik, fühlen sich ihrerseits aber nicht kompetent zur Bildung einer eigenen Meinung und zur Beteiligung. Diese Abstinenz trifft allerdings nicht nur die Parteien, sondern fast alle Einheiten demokratischer Repräsentation: Gewerkschaften, Betriebsräte, Verbände, NGOs,...

Als Gründe werden hierfür vielfach angegeben: Institutionelles Versagen, Komplexität von Sachverhalten, die neue Rolle der Medien, Aufbrechen traditioneller Identitätsmuster etc. Antworten liefern Konzepte wie Governance, E-Government, E-Governance, die mit den Mitteln der Wissensgesellschaft die Akteure miteinander vernetzen, koordinieren und zur Zufriedenheit der Bürgers beitragen sollen. Viele dieser Konzepte, die oft von betriebswirtschaftlichen Begrifflichkeiten ausgehen, bezeichnen den Bürger als Kunden und den Staat als professionelles Unternehmen. Der Bürger steht als Subjekt der Demokratie in Frage und droht in eine Konsumentenrolle abzugleiten. Kritische Beteiligung wird nicht erwartet und auch nicht motiviert.

Der Ruf nach Citizenship und Demokratieerziehung wird indes immer größer: 2005 wurde vom Europarat zum „European Year of Citizenship“ ausgerufen, in Deutschland wird von der

Bundesregierung mit großem Aufwand ein Festival für junge Politik und Partizipation veranstaltet, das 10000 Jugendliche durch den Auftritt von bekannten Popstars anlocken und durch „Schnupper-Workshops“ an demokratische Strukturen heranführen soll. Die inhaltlichen Angebote sollen von der Zivilgesellschaft kommen. Die Zivilgesellschaft ist insgesamt gefordert, insbesondere, wenn es um Integration sogenannter benachteiligter Jugendlicher, Migranten und Minderheiten in politische Prozesse geht. Sämtliche EU-Bildungsprogramme setzen Schwerpunkte in diesen Bereichen und steuern somit zivilgesellschaftliches Engagement. Die Zivilgesellschaft wird zum Spezialisten für Citizenship, Integration, Interkulturalität – sie wird dann gerufen, wenn die Wissensgesellschaft nicht mehr weiterweiß. Unterfinanziert, nimmt sie sich dieser Aufgaben gerne an und riskiert ihre Unabhängigkeit und Vielfalt.

Diese Konzepte von Governance und Zivilgesellschaft sind meines Erachtens Produkte eines Expertendiskurses der Wissensgesellschaft. Sie werden den Herausforderungen, denen sich die Wissensgesellschaft erklärtermaßen stellt, aber nicht gerecht: Diese können nicht von Experten, sondern nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden. Dazu bedarf es einer kompetenten Gesellschaft, die sich durch Selbstreflexion, Selbstorganisation, Solidarität und Handlungsfähigkeit auszeichnet. Hierzu sind Formen gesellschaftlichen Lernens nötig, die in den Lernkonzepten der Wissensgesellschaft fehlen, bedarf es einer demokratischen Lernkultur.

Lernen und Demokratie

Die Wissensgesellschaft fordert den flexiblen, spezialisierten und mobilen Wissensarbeiter, der seine Expertise und Qualifikation im Prozess des lebenslangen Lernens permanent aktualisiert, um im Unternehmen der eigenen Biographie dauerhaft erfolgreich zu sein. Dieses Lernen soll unabhängig von Ort, Zeit und persönlichen Bindungen im Internet stattfinden und zertifiziert werden und wird als E-Learning bezeichnet. E-Learning ist gängiges Label für Wissensmanagement und Lernen in der Wissensgesellschaft.

Gleichzeitig wird von Bildungsexperten zunehmend die Vermittlung eines ganzen Katalogs an Kompetenzen gefordert: Methoden-, Kommunikations-, Medienkompetenz, soziale und interkulturelle Kompetenz sollen bereits in der Schule vermittelt werden (vgl. Delphi-Studie 1998). Der „Kompetenzmensch wird zum höchsten Ziel lebenslangen Lernens“, erklären Erpenbeck und von Rosentiel von der Arbeitsgemeinschaft betriebliche Weiterbildungsforschung. Sie beklagen eine unreflektierte Verwendung des Kompetenzbegriffs und definieren Kompetenzen als „Dispositionen selbstorganisierten Handelns“. Kompetenzen können nicht gelehrt und abgefragt, sondern nur in der Performanz, also handelnd, eingeübt und unter Beweis gestellt werden. Dazu bedarf es eines neuen Verständnisses des Lernens: „Es wird höchste Zeit, dass die westlichen Gesellschaften von Belehrungskulturen zu Lernkulturen werden“ formuliert der Soziologe Wolf Lepenies bereits 1985 treffend.

Die dominanten Lernformen in der Wissensgesellschaft sind monologisch (zur Begrifflichkeit Monologizität und Dialogizität vgl. Bachtin 1979): Das bedeutet die strukturierte Vermittlung vorselektierten Wissens bei wenig Interaktion was Lernstoff und Lernprozess angeht sowie die Anpassung des Lernenden an das Gelehrte. Besonders universitäres Lernen und E-Learning sind hochgradig monologisch organisiert und zielen auf reine Wissensvermittlung. Kompetenzen bilden sich dagegen in dialogischen Lernräumen aus, die nicht vorstrukturiert, sondern ergebnisoffen, interaktiv in konkrete Handlungszusammenhänge eingebettet sind und gemeinsam reflektiert werden.

Die Wissensgesellschaft muss hier die Chancen von demokratischem Lernen erkennen und eine Demokratie, die vom Subjekt des Bürgers ausgeht, als Voraussetzung für eine neue Lernkultur begreifen. Demokratie kann dabei natürlich nicht als machtfrei gedacht werden: Wissen über Funktionsweisen moderner Demokratie und insbesondere Fähigkeiten der Kommunikation, des Argumentierens und Verhandeln, des Entscheidens, des glaubwürdigen Umsetzens von Zielen und Werten sind Kompetenzen die für das Funktionieren demokratischer Gemeinschaften – gerade unter Transformationsbedingungen -maßgebend sind. Meine These ist, dass sie nur durch und in der Demokratie gelernt werden können (vgl. D'Espiney 2005: „educação para a / pela cidadania“). Diese Dimension fehlt im Diskurs über Lernen in der Wissensgesellschaft. Die Debatte um die Wissensgesellschaft muss diese Dimensionen, die nicht direkt mit Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit zusammenhängen, einfordern. Dabei muss es auch darum gehen, die Wissensgesellschaft auf eine breite, gesamtgesellschaftliche Basis zu stellen und ihr demokratisches Potential zu nutzen.

D-Learning

In diesem Zusammenhang steht das Projekt „D-learning: Demokratie lernen und politische Bildung im Prozess lebenslangen Lernens in Europa“. Es handelt sich um eine Lernpartnerschaft, die im EU-Sokrates/Grundtvig-Programm beantragt wurde und Multiplikatoren sehr unterschiedlicher Organisationen und Institutionen aus fünf europäischen Ländern vereint, die sich am Freitag abend ausführlich vorstellen werden.

Das Projekt hat zum Ziel, in seiner dreijährigen Laufzeit Lernräume für Demokratie zu identifizieren und Konzepte, Methoden und Projekte zur pädagogischen Gestaltung dieser Räume auszutauschen und gemeinsam zu erarbeiten. Auf den Projekttreffen wird es auch um die Verständigung über „Demokratie in Transformation“ am Fallbeispiel des jeweiligen Landes gehen. Ein gemeinsamer Lernprozess soll die Basis bilden für die Entwicklung von Konzepten, Methoden und Projekten in den folgenden Themenfeldern:

- Demokratische Lernkultur an Schulen
- Demokratie lernen in der Zivilgesellschaft
- Informelles Lernen: Partizipative Konzepte und kreative Methoden politisch-historischer Bildung, Möglichkeiten und Methoden des Lernens zwischen den Generationen.
- Integration sogenannter „benachteiligter“ Jugendlicher.
- Demokratie lernen in lokalen Gemeinschaften

Zu diesen Themen werden sich Reflexionsgruppen in einem Intranet austauschen, die Ergebnisse des Projekts sollen fortlaufend online publiziert werden, mit der Möglichkeit zum Feedback. Das Projekt möchte das Internet als Dialograum nutzen.

Der Name des Projekts zeigt an, dass Herausforderungen der Wissensgesellschaft nicht geleugnet werden sollen. Es geht um eine Verschiebung vom „e“ (wie „Experte“, „Elektronisch“) zum „d“ (wie „Dialog“, „Demokratie“), darum alternative Lernformen für eine demokratische Lernkultur in der Wissensgesellschaft zu entwickeln, aufzuzeigen und zu erproben. Es handelt sich um einen Versuch. Dahinter steht eine Vision einer demokratischen und integralen Wissensgesellschaft, die selbstreflexiv, kreativ, inklusiv und damit lebensfähig ist: Die Wissensgesellschaft muss eine kompetente Gesellschaft, also als Gesellschaft kompetent sein.

Kontakt:

Zeitpfeil e.V. Netzwerk für politische und (inter)kulturelle Bildung, Potsdam,

Christian.ernst@zeitpfeil.org

Verweise:

John Erpenbeck/Lutz von Rosenstiel (Hrsg.): Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis. Stuttgart 2003

André Gorz: Welches Wissen? Welche Gesellschaft? Textbeitrag zum Kongress "Gut zu Wissen", Heinrich-Böll-Stiftung, 5/2001 (Im Internet dokumentiert: www.wissensgesellschaft.org)

Wolf Lepenies: Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft. München 1985.

Hans N. Weiler: Wissen und Macht in einer Welt der Konflikte. Zur Politik der Wissensproduktion. Beitrag zum Kongress "Gut zu Wissen", Heinrich-Böll-Stiftung, aus: Heinrich-Böll-Stiftung(Hg.): Gut zu Wissen, Westfälisches Dampfboot 2002

Europäisches Regieren – ein Weissbuch der europäischen Kommission 2001 (Im Internet dokumentiert: http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2001/com2001_0428de01.pdf)

Delphi-Befragung 1996/1998. Abschlussbericht zum Bildungs-Delphi „Potentiale der Wissensgesellschaft - Auswirkungen auf Bildungsprozesse und Bildungsstrukturen. Im Auftrag des BMBF (Im Internet dokumentiert: http://www.bmbf.de/pub/delphi-befragung_1996_1998.pdf)